

EU-Krise: Eingeständnis von Schwäche als Voraussetzung für Stärke

Gegen Ende des Jahres 2015 referierte Frank Deppe auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Krise der EU.¹ Schon damals hielt er vor dem Hintergrund der fortdauernden Krise der Eurozone und des Niederwalgens der griechischen Opposition gegen die Troika-Diktate die Frage für berechtigt, »ob die Europäische Union (in ihrer derzeitigen Verfassung und Machtstruktur) diese Krise überstehen wird«. Eine Frage, die sich heute noch dringlicher als vor einem Jahr stellt.

Die Vielstimmigkeit innerhalb der Linken in Reaktion auf die Krise der EU drückt für Frank Deppe eine Schwäche aus, die wir – so seine Empfehlung – uns eingestehen sollten, damit eine sektenhafte Aufsplitterung vermieden und das rationale Element in den jeweils für falsch gehaltenen Schlussfolgerungen anderer anerkannt werden könne. Denn – so möchten wir an diesen Gedanken anknüpfen – derartige Aufsplitterungen drücken stets die von Hilflosigkeit zeugende Flucht aus der Realität in eine Welt des Wünsch-Dir-Was aus.

Eine derzeit typische Erscheinungsform dieser Flucht ist die Forderung nach einer Abschaffung des Euro. Wohlgemerkt: Vielleicht scheitert der Euro tatsächlich früher oder später an seiner neoliberalen Fehlkonstruktion. Für diesen Fall heute schon fachlich fundierte Forderungen von links an ein neues Währungssystem vorzubereiten, zeugt deshalb durchaus von Realitätssinn. Das ist in unseren Augen das rationale Element in den Eurexit-Plattformen auf der Linken. Die dort gezogene Schlussfolgerung aber, die Schaffung eines solchen neuen Währungssystems sei heute die politisch zentrale Voraussetzung jeglichen europapolitischen Fortschritts, ist für uns eine Flucht aus der Realität.

Frank Deppes im besten Wortsinne radikale Analyse hilft, derartige Fluchtbewegungen zu vermeiden. Für ihn ist das Kernproblem hinter der Krise der EU der »Widerspruch zwischen der grenzüberschreitenden Zentralisierung von Macht auf der einen und der Verstärkung zentrifugaler Tendenzen auf

¹ www.rosalux.de/event/54308/zerfall-der-eu-oder-demokratische-reorganisation-von-links.html. Das Referat ist noch nicht veröffentlicht; die folgenden Zitate sind dem Manuskript entnommen, das Frank Deppe uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat.

der anderen Seite«. Er betrachtet diesen Widerspruch als unausweichliche Folge der schrittweisen Institutionalisierung neoliberaler Politik in der EU – von den Maastricht-Kriterien des Binnenmarkts über die Schaffung des Euro auf der Geschäftsgrundlage einer Konkurrenzunion bis hin zur »Vertiefung« dieses Irrwegs seit 2010. Was als strategisches und entschlossenes Handeln insbesondere der politischen Führungskreise in Brüssel und Berlin daherkommt, entpuppt sich in dieser Sichtweise als Ausdruck eines Dilemmas, in das diese »Eliten« so lange verstrickt bleiben, wie nicht zumindest Teile von ihnen zu Kurskorrekturen politisch gezwungen werden.

Dies führt aber vom Dilemma der Herrschenden zum Dilemma der Linken: Außer in den von der Krise am meisten betroffenen Ländern profitiert ausschließlich die extreme Rechte von der »Verstärkung zentrifugaler Tendenzen« in Europa. Die völkische Reaktion kommt heute im Gewande der »EU-Kritik« daher, weil sich die unsoziale EU-Politik ideal als Sündenbock für hausgemachte Probleme anbietet. So ist die tiefe soziale und regionale Spaltung Großbritanniens ausschließlich das Resultat der rabiaten Austeritätspolitik der britischen Regierungen seit 2010 (mit ihrer Vorgeschichte seit Thatcher). Auch der deutschen Bundesregierung wurde von niemandem in Brüssel die Agenda 2010 aufgezwungen. Und wenn in Frankreich die Opposition gegen das »Arbeitsgesetz« teilweise mit dem Unterton operierte, es handele sich hier um Weisungen aus Brüssel und Berlin, war dies der zum Scheitern verurteilte Versuch, den Front National auf dessen Terrain von links zu schlagen. AfD, UKIP, FN & Co. haben die EU-Kritik okkupiert, aber ihr Aufstieg hat nichts mit dem zu tun, was an der EU berechtigterweise zu kritisieren ist. Unberechtigte EU-»Kritik« bietet Scheinlösungen, wie die zentrale Bedeutung der Einwanderungsfrage für die Brexit-Kampagne zeigt. Der Rückenwind für die völkische Reaktion ist das Ergebnis einer nationalstaatlich betriebenen Politik, die zugleich die Institutionalisierung des Neoliberalismus auf EU-Ebene betrieben hat und sich dann auf die damit geschaffenen »Zwänge« beruft.

Der Schlüssel zum Kurswechsel in Europa liegt deshalb zuerst immer im jeweils eigenen Land – in Deutschland allemal. Europaweite Initiativen werden, wie Frank Deppe feststellt, »nur dann überhaupt registriert, wenn sie die Kraft entwickeln, nationale Kräfte- und Machtverhältnisse verändern zu können«. Aus Meinungsumfragen wissen wir, für wie wichtig die meisten Menschen Europa halten. Und aus eigener Erfahrung wissen wir zugleich, wie wenig die meisten Menschen zumindest in Deutschland mit den für einen Kurswechsel zentralen Forderungen (wie die nach einem europäischen Investitionsprogramm) anfangen können. Deshalb wird nur umgekehrt ein Schuh draus: So erfordert zum Beispiel der massive Ausbau der öffentlichen

sozialen Infrastruktur in Deutschland, den so viele in unserem Land für notwendig halten, eine gerechte Besteuerung insbesondere von Vermögen und Kapitaleinkommen. Dies muss aber, damit es funktioniert, europäisch flankiert werden: durch Mindestsätze der Unternehmensbesteuerung und das Schließen von Steuerschlupflöchern für internationale Konzerne.

Erst wenn für derartige Reformprojekte auf nationaler Ebene politische Mehrheiten gewonnen werden, können auf europäischer Ebene die Konflikte vom Zaun gebrochen werden, um die dort errichteten Blockaden für die Verwirklichung nationaler Reformprojekte zu beseitigen. Nur das Drängen auf fortschrittliche Veränderungen im jeweils eigenen Land wird die Kräfteverhältnisse in vielleicht zunächst nur wenigen, aber gewichtigen EU-Mitgliedsländern so weit nach links verschieben können, dass – so Frank Deppe – »Spaltungen im herrschenden Block und neue Allianzen« auf europäischer Ebene entstehen, die dann »natürlich auch die Kräfteverhältnisse in den Institutionen der EU verändern« würden.

Der Aufstieg des rechten Nationalismus in Europa ist nur durch ein positives, attraktives Bild einer anderen Politik sowohl auf europäischer als auch der jeweiligen nationalen Ebene zu stoppen. Die Auseinandersetzungen auf nationaler und europäischer Ebene sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir brauchen eine »neue identitätstiftende Leitidee«,² die Utopie einer EU der Vielfalt und der Demokratie, des Gebens und Nehmens zum wechselseitigen Vorteil, der Zusammenarbeit für große wirtschaftliche und ökologische Entwicklungsprojekte im gemeinsamen Interesse. Es wäre der Weg zu einer »countervailing power«, zu einem politischen Gegengewicht im internationalen Finanzmarktkapitalismus, das wir brauchen, um in möglichst vielen unserer Länder die Dominanz des Neoliberalismus überwinden zu können. Und es wäre zugleich ein Weg, der die Linke davor schützen würde, »einen künstlichen Gegensatz zwischen nationalstaatlich und europäisch aufzubauen« – so Frank Deppes Plädoyer, dem wir uns dankbar anschließen.

² »Europa muss sich neu begründen!« heißt es in dem Aufruf, zu dessen Erstunterzeichnern Frank Deppe gehört (www.europa-neu-begrunden.de/founding-europe-aneu/).